

Aachen, den 01.02.2023

Haushaltsrede der GRÜNEN Fraktion Aachen zur Verabschiedung des städtischen Haushalts 2023

Julia Brinner, Fraktionsvorsitzende

„Mut steht am Anfang des Handelns, Glück am Ende.“

Dieses Zitat stammt von Demokrit, einem griechischen Philosophen, der im vierten Jahrhundert lebte und der mit seiner Einstellung zum Mut seine Zeit entscheidend mitgeprägt hat.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Frau Grehling, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucherinnen und Besucher,

heute werden wir den ersten grün-roten Haushalt der Stadt Aachen beschließen. Es gibt einige Aspekte, die diesen Haushalt auszeichnen - er hat mit knapp 1,2 Milliarden Euro das historisch größte Haushaltsvolumen und er steht unter dem starken Einfluss des Kriegs in der Ukraine und der Corona-Pandemie, weshalb sogar ein neues Isolierungsgesetz verabschiedet wurde. Aber darum soll es an dieser Stelle gar nicht gehen, denn die technischen Details des Haushalts kann unsere Stadtkämmerin ohnehin viel besser erklären als ich. An dieser Stelle möchte ich mich herzlich bei Ihnen, Frau Grehling, bedanken, für die gute und konstruktive Zusammenarbeit in der Abstimmung des Haushalts.

Es gibt nämlich noch etwas anderes, was diesen grün-roten Haushalt auszeichnet, und da komme ich auf Demokrit zurück, nämlich seinen **politischen Mut**. Denn wenn Politik und politische Veränderung eines brauchen, dann ist es Mut. Mut, die Dinge anzupacken, auch gegen gelegentliche Widerstände, Mut, für seinen politischen Kurs einzustehen, Mut, Schwerpunkte zu setzen und Mut, Veränderung zu wagen. Dieser politische Mut zeichnet unsere frisch geschmiedete Koalition aus. Wir haben uns in der Mitte der Wahlperiode zusammengefunden, um in den kommenden Jahren gemeinsam mutig progressive Politik zu machen, um Aachen zu gestalten, lebenswerter, sozial gerechter, grüner zu machen.

Unsere Politik und dieser Haushalt stehen nicht für ein „Weiter so“ der Politik, wie sie in den letzten 20 Jahren gemacht wurde, sondern für ein **„Hey, lasst uns das doch anders machen!“**. Wir hinterfragen Althergebrachtes, was immer schon so gewesen ist. Wieso dürfen Menschen für 30 Euro im Jahr 20 m² Straßenraum in Anspruch nehmen, um ihr Blech darauf abzustellen? Wieso kann man für besagte 30 Euro sein Auto auf der Straße parken, aber nicht die gleiche Fläche anmieten, um einen kleinen Gemüsegarten anzulegen? Wieso geht die kostenlose Bildung in Deutschland erst mit der Einschulung los und nicht schon mit dem ersten Kindergartenjahr? Ist Bildung vor dem sechsten Geburtstag optional? Geht es in der Schule wirklich nur um Mathe und Physik, oder brauchen wir nicht viel mehr individuelle Unterstützung der Kinder bei persönlichen Problemen und in Krisensituationen? Wieso glauben wir immer noch daran, dass nur eine wachsende Stadt eine gute Stadt ist? Ist Wirtschaftswachstum wirklich die Antwort auf die

zahlreichen Herausforderungen in Zeiten multipler Krisen, oder müssen wir nicht vielmehr daran arbeiten, resilienter zu werden? Können wir nicht qualitativ wachsen, also ein besseres Leben für alle anstreben, ohne immer mehr Flächen zu versiegeln, immer mehr Beton zu verbauen, immer mehr Ressourcen zu verbrauchen?

Wir denken unsere Stadt daher aus einem anderen Blickwinkel her neu: Zuerst stellen wir uns die Frage: Was ist ein gutes Leben? Und wie können wir es für alle möglich machen, ohne dass die einen auf Kosten der anderen leben? Und darauf folgt die Frage: **Wie kann die Kommunalpolitik die Weichen dafür stellen?**

Die Antworten darauf gibt unser Haushalt und unsere Politik:

Ein ganz zentrales Thema unserer Politik ist der **Klimaschutz**. Er zieht sich wie ein grüner Faden durch alle Abteilungen der Verwaltung, durch alle politischen Ausschüsse und Entscheidungen. Klimaschutz ist im Fokus der politischen Realität angekommen, nicht zuletzt durch den Klimanotstand, den wir 2019 in Aachen ausgerufen haben. Denn nur, wenn wir bei jeder Baumaßnahme, bei jeder Verkehrsführung, bei jedem Förderprogramm, bei jeder Finanzentscheidung die kritische Frage nach den Auswirkungen auf das Klima stellen, kommen wir unserem ambitionierten Ziel näher: Wir wollen Aachen bis 2030 klimaneutral machen!

Doch ist Aachen nicht eigentlich zu klein und unsere kommunalpolitischen Möglichkeiten zu begrenzt, um das Weltklima zu retten? Dem möchte ich entschieden widersprechen, denn **die Kommune ist der Ort**, an dem der abstrakte Terminus „Klimaschutz“ konkret wird! Auf Bundesebene werden Gesetze gemacht, die die Rahmenbedingungen schaffen, doch der Bau der einzelnen PV-Anlagen, die Sanierung der einzelnen Schulgebäude, der Umstieg der einzelnen PKW-Fahrerin auf den Bus oder das Rad, der findet bei uns statt! Kommunen sind extrem wichtig im Zusammenspiel der politischen Organe und **Aachen steckt als pulsierendes Herz mitten drin!** Wir sind eine der 100 Pilotkommunen in Europa, die den Weg aufzeigen sollen, wie eine Kommune klimaneutral werden kann.

Um konkret zu werden: In unserem Haushalt findet sich für die nächsten 4 Jahre ein Volumen von 80 Mio. Euro für Klimaschutzmaßnahmen plus 64 Mio. Euro für die **Mobilitätswende**, das sind zusammen 144 Mio. Euro. Daran lässt sich erkennen, dass wir einen ganz klaren politischen Schwerpunkt setzen.

Dabei behalten wir das große Ganze im Blick, statt uns im klein-klein zu verlieren:

Wir haben die Vision, dass sich auf JEDEM geeigneten Dach im Aachener Stadtgebiet eine Photovoltaik-Anlage befindet, die dezentral günstigen und sauberen Strom erzeugt. Die Stadt Aachen geht dafür mit gutem Beispiel mutig voran: Wir installieren auf jedem geeigneten städtischen Dach eine **Photovoltaik-Anlage**, verbunden mit einem Modell der regionalen Direktvermarktung, das deutschlandweit Schule machen kann. Dafür stehen allein 2023 4,7 Mio. Euro zur Verfügung. Auch im privaten Bereich kommen wir mit großen Schritten voran: 2022 gingen für das städtische Solarförderprogramm 1.200 Anträge ein – eine deutliche Steigerung zu 2021 und darüber hinaus eine außergewöhnlich hohe Zahl im Vergleich mit der Zahl der Bestandsanlagen. Die Anzahl der Anträge, die allein im Jahr 2022 gestellt wurden, entspricht in etwa der Anzahl aller PV-Anlagen, die vor dem 1.1.2017 in Aachen in Betrieb genommen wurden! Und auch 2023 werden wir weiterhin die Installation von privaten PV-Anlagen fördern – mit einem zusätzlichen Fokus auf Mehrfamilienhäuser. Außerdem werden wir den Fokus in diesem Jahr auf die Dächer von gewerblichen Immobilien legen, die nach wie vor **riesige Potenziale** bieten. Zur Beschleunigung der energetischen Sanierungen im privaten wie im gewerblichen Bereich werden wir eine neue Aachener **Energie- und Nachhaltigkeitsagentur** ins Leben rufen.

Mit jeder installierten PV-Anlage werden wir unabhängiger von Öl und Gas aus autokratischen Staaten und von Kohle, der schon ganze Landstriche zum Opfer gefallen sind.

Doch natürlich darf man Klimaschutz nicht losgelöst betrachten! Wir müssen ihn mit den anderen großen Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, zusammendenken. Dazu gehört vor allem die soziale Gerechtigkeit. Vielleicht ist es gar nicht ungerecht, wenn Autofahrer*innen plötzlich 120 Euro für einen Parkplatz zahlen müssen - sondern es war die ganze Zeit über ungerecht, dass sie ihr Auto quasi umsonst parken konnten, während PKW-lose Steuerzahler*innen die Parkplätze mitfinanziert haben!

Fest steht: Eine Stadt ist nur dann **eine gute, eine soziale, eine lebenswerte Stadt**, wenn sie es FÜR ALLE ist. Und damit meinen wir wirklich alle. Mit unserer grün-roten Politik wollen wir alle Menschen mitnehmen. Wir unterstützen wohnungslose Menschen, indem wir das erfolgreiche Projekt Querbeet trotz Wegfall der Bundesförderung weiterführen. Wir engagieren uns mit vereinten Kräften gemeinsam mit engagierten Verbänden für die Geflüchteten, die Zuflucht in Aachen gefunden haben. Wir senken die Beiträge für die Kita und die offene Ganztagsbetreuung für eine Vielzahl an Eltern der unteren und mittleren Einkommensklassen. Wir stellen sechs neue Schulsozialarbeiter*innen ein, die gerade nach den schweren Einschnitten durch die Pandemie in den Schulen dringend gebraucht werden. Wir finanzieren Beratungsangebote und Vernetzungsgruppen für queeres Leben in Aachen. Wir bauen eine kommunale Wohnbaugesellschaft auf, die wirkungsvoll günstigen Wohnraum schaffen wird. Denn nur wenn wir es schaffen, **den Zusammenhalt in der Stadt zu stärken und soziale Unterschiede zu überwinden**, dann können wir unsere Politik wirklich als gerecht bezeichnen.

Dazu gehört auch die Frage, wie wir den öffentlichen Raum gestalten, also unsere Straßen, Plätze, Grünflächen und nicht zuletzt natürlich die Innenstadt. Mit dem **Innenstadtkonzept** hat die Oberbürgermeisterin ein Handlungskonzept vorgelegt, das den Rahmen dafür bietet, dass die Innenstadt ein bunter, belebter, quirliger Ort bleibt, an dem die Aachenerinnen und Aachener sich wohlfühlen und der auch Besucher*innen von fern und nah zu uns lockt. Leerstände werden bekämpft, Konzerte in den Ladenlokalen und Kneipen der Innenstadt unterstützt. Im Umfeld des Bushofs entsteht ein Haus der Neugier, das Bildung für Jung und Alt ermöglichen wird, und mit der Wiese am Büchel wird ein neues Filetstück der Innenstadt entwickelt, das wir uns in ein paar Jahren nicht mehr wegdenken werden können. Nebenan sind die Meffis eingezogen, die mit einer offenen Werkstatt, einem gemütlichen kleinen Café mit Live-Musik, einem inklusiven Theater und weiteren kreativen Angeboten das Viertel beleben.

Wichtig ist bei alledem, dass wir auch hier den Mut haben, **Innenstadt neu zu denken**. Sie wird nicht so bleiben wie vor 50 Jahren, mit großen prunkvollen Kaufhäusern und Autos, die auf dem Katschhof parken. Und das soll sie auch gar nicht. Sie wird ein vielfältigerer Ort werden, der auch über den Konsum hinaus funktioniert, an dem man sich mit Freund*innen auf einen gemütlichen Kaffee trifft oder einfach nur verweilen kann. Mit mehr Kunst, Kultur und Kreativität, offenen Räumen für Initiativen, mit mitreißenden Open-Air-Konzerten wie beim September Special und beim Stadtglühen-Festival. Auch dafür steht unsere grün-rote Politik.

Und damit bin ich bei einem Punkt, der ganz zentral ist, wenn wir über **Mut zur Veränderung** sprechen: Wir müssen weg von dem Denken, dass wir für Klimaschutz, Mobilitätswende und soziale Gerechtigkeit etwas aufgeben müssen – das Gegenteil ist der Fall! Mit jeder Klimaschutzmaßnahme **steigern wir unsere Lebensqualität** gleich mit, Aachen wird ein gesünderer und lebenswerterer Ort.

Schließen Sie doch einmal die Augen und stellen Sie sich den heutigen Hansemannplatz vor. Woran denken Sie? Unzählige Fahrspuren, Stau, Lärm, Dreck, schlechte Luft – und Angst beim Radfahren. Eine Vorstellung, die nur bei wenigen das Herz höher schlagen lässt. Ich spreche aus Erfahrung, denn ich wohne dort direkt um die Ecke. Und jetzt stellen Sie sich vor, wir sind im Jahr 2030: die Zahl der Autos, die die Kreuzung überqueren, hat sich radikal reduziert, es gibt nur noch eine Spur in jede Richtung, an der ab und an mal ein Taxi, der Elektro-Kastenwagen eines Handwerkers oder ein Lieferwagen hält, stattdessen kreuzen jetzt vor allem Fahrräder und Fußgänger*innen den Platz. Alle 10 Minuten kommt eine

RegioTram vorbei, die mit einem leisen Surren die Menschen aus dem Nordkreis in die Stadt bringt. **Was würde das bewirken?**

Plötzlich würde es Spaß machen, auf dem Platz zu verweilen, unter dem Denkmal würden abends Open Air-Konzerte stattfinden, bei einem Spaziergang entlang der Monheimsallee könnte man die Vögel in den Baumwipfeln hören, und wenn man gemütlich beim Griechen im Außengastro-Bereich sitzt, müsste man plötzlich nicht mehr gegen Motorengeräusche anbrüllen, sondern könnte sich ganz normal unterhalten. Wo heute an den Seiten noch Parkplätze sind, könnten Grünflächen entstehen, vielleicht sogar ein kleiner Kinderspielplatz und so wäre der Platz nicht mehr von Motorengeräuschen, sondern von den Stimmen der spielenden Kinder erfüllt.

DAS ist eine Stadt, wie ich sie mir wünsche und der Weg dorthin ist die Transformation, die wir mit der letzten Kommunalwahl ins Rollen gebracht haben. **Wir stecken schon mittendrin!** Diese Transformation hört im Freizeitbereich nicht auf, sondern erstreckt sich auf alle Lebensbereiche. Es geht nicht nur darum, mit dem Rad zum Bäcker zu fahren oder einen veganen Chai Latte im Café zu trinken, sondern es geht auch um die **Transformation der Wirtschaft**, der Arbeitswelt, des Bausektors, der Abfallwirtschaft. Vor dieser Transformation dürfen wir uns nicht verstecken und wir brauchen auch keine Angst vor ihr zu haben! Denn Klimaschutz, Mobilitätswende, soziale Gerechtigkeit, Bildung, Kultur, mehr Grün in der Stadt, Teilhabe: Das alles gehört zusammen, und das alles wird unser Leben bereichern!

Mit unserer Politik bauen wir Aachen Stück für Stück um, wir stehen für die **mutige Veränderung** zu einer Stadt, die grün und sauber ist, die Demokratie lebt, die Stück für Stück sozial gerechter wird – eine Stadt, die den Menschen gehört und nicht mehr den Autos.

Eine solche Veränderung braucht Zeit, sie geht nicht von heute auf morgen, das erleben wir alle Tag für Tag im politischen Alltag, zumal wir mitten in einer Baupreiskrise und im Fachkräftemangel stecken. Aber das ist okay, solange wir das Bild davon, wie es sein könnte, nicht aus den Augen verlieren, und immer weiter kleine Schritte machen. **Die Transformation ist schon sichtbar:** Das Parkhaus Büchel ist jetzt eine Wiese, am Templergraben gab es schon den zweiten Sommer Konzerte und einen studentischen Biergarten statt Autokolonnen, auf der Ludwigsallee kann man schonmal spüren, wie sich sicheres Radfahren anfühlt, und wir haben vor kurzem beschlossen, dass es bald die nächsten Bachoffenlegungen in der Innenstadt geben wird. Aachen verändert sich, Stück für Stück.

Abschließen möchte ich nicht mit Demokrit, denn seine Zeiten sind längst vorbei. Sondern mit einem Grünen Wahlkampf-Slogan, mit dem wir 2017 zur Bundestagswahl angetreten sind:

„Zukunft wird aus Mut gemacht!“ Getreu diesem Motto wollen wir als grün-rote Koalition mit unserem Haushalt 2023 mutige Politik machen! Denn nur wer mutig ist, kann wirklich eine Veränderung bewirken.

Vielen Dank.



Ratssitzung am 01. Februar 2023

Haushaltsrede

Iris Lürken

Vorsitzende der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen

Sperrfrist:

01. Februar 2023, 17.30 Uhr – Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltung,

da man sich ja über die Jahre kennt, weiß ich, dass viele von Ihnen Kinder haben. Deshalb gehe ich davon aus, dass Sie auch gut verstehen können, was ich gleich ausführe. Aber lassen Sie mich zunächst ein wenig ausholen – ich komme später darauf zurück.

Als CDU haben wir seit 2009 jeden Haushalt mitgestaltet und mitgetragen. Wir sind ein Garant für Stabilität und Sicherheit – auch in Krisen. So verstehen wir uns und unsere Arbeit. Für uns ist es wichtig, für die Menschen da zu sein, ihnen zu helfen und gemeinsam mit ihnen Aachen zu gestalten. Zu jeder Zeit!

Sie, liebe Frau Grehling, haben einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der die Grundlage für Stabilität und Sicherheit bietet. Dafür möchten wir Ihnen und Ihrem Team ausdrücklich danken.

Erstmals enthält der Entwurf aber auch bewusst Lücken! Denn Sie haben uns als Rat in Ihrer Haushaltsrede klare Aufgaben mitgegeben: Wir sollen die Risiken bewerten und Luft im Haushalt dafür schaffen. Wir sollen entscheiden, welche Projekte warten und welche jetzt angepackt werden müssen. Denn die politische Entscheidung, wo Prioritäten zu setzen sind, das ist nicht die Aufgabe der Kämmerin – das ist Aufgabe des Rates. Genau genommen: Der Ratsmehrheit.

In den ersten Ausschussberatungen zum Haushalt dachten wir noch, dass genau diese Prioritäten gesetzt werden, dass Grün-Rot die Risiken für den Haushalt erkannt hat. Aber spätestens als dringend notwendige Maßnahmen zum Hochwasserschutz abgelehnt wurden, sind wir eines Besseren belehrt worden. Dabei hätte unser Förderprogramm für mehr privaten und vorbeugenden Hochwasserschutz weniger als ein Fünftausendstel des Haushaltsvolumens ausgemacht. Doch es wurde genauso abgelehnt wie die Fortschreibung der Stelle für Hochwasserschutz und Klimafolgenanpassung. Das hätte den vielen betroffenen Menschen in Aachen helfen können, die Folgen einer Katastrophe, wie bei der Flut im Sommer 2021, zu mildern.

Offensichtlich spielen Stabilität und Sicherheit für die grün-rote Ratsmehrheit keine große Rolle. Dabei brauchen die Menschen Stabilität und Sicherheit. Gerade in diesen Zeiten, in denen ein Krieg mitten in Europa unser Sicherheitsgefüge so massiv in Frage stellt. Gerade in diesen Zeiten, in denen die Menschen sich um die Zukunft sorgen. Gerade in diesen Zeiten, in denen die Inflation dazu führt, dass viele Familien ihren Lebensstil einschränken müssen und manche gar nicht wissen, wie sie über die Runden kommen sollen.

Wir müssen die Menschen unterstützen und ihnen zeigen, wo sie Hilfe bekommen können. Gerade niedrigschwellige Sozialberatung könnte den Menschen helfen, den Zugang zu den vorhandenen Hilfen von Stadt, Land und Bund auch zu finden. Im Sozialausschuss wurden unsere Haushaltsanträge für eine Kümmerei vor Ort in Driescher Hof/Forst aber rigoros abgelehnt. Auch der Zuschussfonds bei den freien Trägern für alltägliche Dinge, wie warme Jacken oder Winterschuhe, wurde von Grünen und SPD vom Tisch gefegt. Im grün-roten Koalitionsvertrag findet man das Wort „sozial“ eben nur in der Überschrift, ohne eigenes Kapitel. Jetzt weiß ich auch warum!

Stattdessen legt Grün-Rot einen besonderen Fokus auf neue Planungen und neue Konzepte, unzählige Workshops und Reallabore, für die energetische Sanierung des Welthauses an der Schanz, für rote Fahrradstraßen, für ein Pilotprojekt Menstruations-Hygieneprodukte, für Anträge von Organisationen, die es derzeit noch nicht mal gibt. Das kann man sicher alles machen. Die Frage ist nur: wem hilft es?

Den Familien, die in Armut leben, den Menschen, die sich fragen, wie sie ihre nächste Stromrechnung bezahlen sollen – denen hilft das sicher nicht.

Wir wissen, dass Ihnen inklusive, diverse, emissionsfreie Projekte wichtig sind. Warum dann aber ein ÖPNV-Angebot innerhalb des Grabenrings abgelehnt wird, durch das sich alle Menschen barrierefrei in der Innenstadt fortbewegen könnten, bleibt uns ein Rätsel.

Dabei stellt sich dann auch die Frage, wann diese neuen Planungen und Konzepte jemals umgesetzt werden sollen. Denn bereits jetzt schieben wir Jahr für Jahr mehr als 200 Mio. Euro ins darauffolgende Jahr. Wir türmen damit Projekte auf, die nicht umgesetzt werden – aus welchen Gründen auch immer. Hier hätte man ausmisten sollen. Das hatte die Kämmerin genauso

angemahnt wie die Überprüfung der städtischen Investitionsvorhaben. Die Mehrheitsfraktionen hatten die Aufgabe, die Projekte zu streichen, die sowieso nicht mehr realisiert werden. Dadurch müssten auch Mitarbeitende der Verwaltung keine wertvolle Zeit auf Themen verschwenden, die ohnehin in der Schublade landen. Wenn man das nicht macht, führt das genau zu den Problemen, die wir letztes Jahr erlebt haben: Die Verwaltung verzettelt sich, und wir verlieren 5,5 Mio Euro Fördermittel. Oder um es mit Ihren Worten zu sagen, liebe Mehrheitskoalition, „wir haben sie nur einfach nicht bekommen“.

Apropos, Investitionen. Da verspricht die Oberbürgermeisterin den Ladies in Black eine neue Halle, und auch der ALRV soll bedient werden. Beides nachvollziehbare, wichtige Projekte! In der Zeitung sagt die Oberbürgermeisterin selbst, dass sie das Thema in 2023 ganz prioritär angehen will. Aber woher sollen denn die Millionen kommen, um diese Versprechen in die Tat umzusetzen? Aus diesem Haushalt jedenfalls nicht, denn da steht nichts Entsprechendes drin. Und auch nicht aus dem Strukturwandel für das Rheinisches Revier. Denn dort ist das Projekt durchgefallen. Das weiß die Oberbürgermeisterin auch, verschweigt es aber lieber. Ist das ehrliche Politik?

Mit den Ladies in Black, dem ALRV, dem CHIO und der Alemannia identifizieren sich viele Menschen in Aachen. Doch unsere Aushängeschilder brauchen auch gute Rahmenbedingungen. Echte Unterstützung statt leerer Worte und gemeinsam mit allen nach realistischen Lösungen suchen. Das gibt Stabilität und Sicherheit!

Und genau die können auch die vielen Tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltung von uns erwarten. Die Arbeitsbelastung ist jetzt schon immens, und der weiter zunehmende Fachkräftemangel verschärft die Situation immer mehr. Daher ist auch der Wunsch nach Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst von Seiten der Gewerkschaften nachvollziehbar. Was aber nicht mehr nachvollziehbar ist, ist die Rolle der SPD. Hier im Ratssaal sitzt als Rats Herr der SPD, Mathias Dopakta, seines Zeichens Gewerkschaftssekretär für die Aachener Region bei Verdi. Also in verantwortlicher Position bei genau der Gewerkschaft, die mit effektiv 14 bis 15% mehr in die Verhandlungen gegangen ist. Er ist derjenige, der hier vor Ort Streiks organisieren wird, um mehr Geld herauszuholen. Und genau seine SPD plant zusammen mit den Grünen für den städtischen Haushalt nur 1% Tariferhöhungen ein. Ich käme mir da als

Mitarbeitende ganz schön verschaukelt vor. Und seien wir mal ehrlich: unter 5 % wird es keinen Tarifabschluss geben.

Haben Sie sich einmal gefragt, warum Grüne und SPD bewusst das Thema ignorieren? Sie haben es garantiert genauso durchgerechnet wie wir. Und ihnen ist garantiert genauso aufgefallen, dass bereits bei einem Tarifabschluss von 3 % mehr Lohn und Gehalt dieser Haushalt so nicht mehr genehmigungsfähig wäre. Die Kämmerin hat von Anfang an gefordert: Risiken bewerten und Konsequenzen ziehen. Denn ohne einen genehmigungsfähigen Haushalt, gibt es weder Unterstützung noch Kultur, weder Investitionen noch beitragsfreies Kitajahr. Um das Ganze noch zu toppen, genehmigen sich Grüne und SPD noch eben weitere Stellen für schlappe 24 Mio. Euro im Jahr. Stabilität und Sicherheit sieht anders aus.

Am Anfang habe ich über unsere Kinder gesprochen. Darauf möchte ich jetzt zurückkommen. Auch ich habe Kinder. Mir ist es wichtig, dass diese in einer stabilen Umgebung aufwachsen, dass sie in einer sicheren und gerechten Welt leben. Mir ist es wichtig, dass unsere Kinder auch morgen noch eine Zukunft haben und diese selbst gestalten können.

Die Realität sieht aber anders aus. Denn Grüne und SPD nehmen Schulden auf, die unsere Kinder und Enkelkinder die nächsten 50 Jahre zurückzahlen müssen. Das Land hat während der Corona-Krise ein Instrument erarbeitet, um den Kommunen in der absoluten Not zu helfen. Und auch in der jetzigen Ukraine-Krise gibt es Kommunen, die so massiv belastet sind, dass sie diese Hilfe brauchen. Doch wir gehören eigentlich nicht dazu. Unsere Aachener Wirtschaft ist stabil. Wir planen mit steigenden Gewerbesteuererinnahmen trotz der Krise. Dafür haben wir in den letzten Jahrzehnten die Grundlagen gelegt. Früher haben unsere Eltern und Großeltern Sparbücher für Kinder und Enkelkinder angelegt. Heute legen Grüne und SPD Hypotheken auf die Häuser, in denen unsere Kinder später leben sollen.

Wir sollten, wie alle anderen auch, den Gürtel etwas enger schnallen. Hoffen Sie etwa, dass Sie die Tarifsteigerungen ebenfalls der Ukraine-Krise anlasten können? Hoffen Sie etwa, dass Sie das alles in den Schattenhaushalt auf Pump verschieben können? Hoffen Sie etwa, dass Sie damit aus der Nummer raus sind, wenn unsere Kinder und Enkel dafür zahlen müssen? Ich hoffe nicht. Denn wer mit Tränchen in den Augen bei jeder Gelegenheit von Nachhaltigkeit spricht, sollte daran auch bei der Belastung unserer Kinder und Enkelkinder denken.

Und die Oberbürgermeisterin und ihre grüne Fraktion? Verlieren nicht ein Wort darüber, dass hier ein Haushalt geplant ist, von dem schon jetzt klar ist, dass er so nicht funktionieren wird! Denn wer ehrlich zu sich selbst und den Menschen in unserer Stadt ist, weiß, dass uns so ein Haushalt über kurz oder lang um die Ohren fliegen wird. Wollen Sie die Bürgerinnen und Bürger bewusst täuschen oder verstehen sie es schlicht selbst nicht?

Glauben Sie ernsthaft, dass wir, die wir seit Jahrzehnten für Stabilität und Sicherheit stehen, einem solchen Haushalt zustimmen würden?

Ganz sicher nicht!

Doch noch ist der Zug nicht abgefahren, Sie haben noch die Chance, Ihre Fehler zu korrigieren und einen Haushalt zu schaffen, der auch der Realität entspricht. Schon in zwei Wochen treffen wir uns wieder hier im Ratssaal. Vertagen Sie heute den Haushaltsbeschluss. Nutzen Sie die Zeit für eine zukunftsichere Überarbeitung des Haushaltes. Nutzen Sie die Ressourcen der Kämmerei. Und legen Sie sich nicht mit einem Schirmchendrink in den Liegestuhl der Koalition. Übernehmen Sie Verantwortung!

Sorgen Sie für Stabilität und Sicherheit – und nicht nur für eine Illusion!



Haushaltsrede 2023
Michael Servos - SPD-Fraktion

Sperrfrist: 01.02.2023, 18 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst möchte auch ich die Gelegenheit nutzen und mich bei unserer Kämmerin und ihrem Team bedanken. Sie haben es gleich in vielerlei Hinsicht nicht leicht gehabt in diesem Jahr. Nicht mit uns und nicht mit der Gesundheit. Wir haben viele Runden gedreht und waren als Koalition dabei das ein oder andere Mal... ich möchte sagen: gewöhnungsbedürftig? Umso mehr freue ich mich auch persönlich, dass Sie wieder tatkräftig an Bord sind!

Wir stehen alle gemeinsam mitten in mehreren Krisen. Die Corona-Krise und ihre langfristigen Auswirkungen auf den Welt- und auf den Arbeitsmarkt sind noch lange nicht überwunden. Gleichzeitig gehen im größten Land Europas die Lichter aus: Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist ein unglaubliches Verbrechen und verursacht Schmerzen und Leid, das wir glaubten überwunden zu haben.

Dieser Krieg stellt auch uns vor große Herausforderungen. Wir wollen die Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, angemessen und sicher unterbringen. Gleichzeitig geraten die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen erneut stark unter Druck. Die Preise steigen, insbesondere die Energiekosten, und belasten Menschen, Vereine und Unternehmen.

Hinzu kommen die längerfristigen Krisen und Veränderungsprozesse, wie der Kollaps des Weltklimas, der Strukturwandel in Industrie und Handel - und nicht zuletzt der demographische Wandel und die Digitalisierung.

Diese Krisen und Veränderungen klingen abstrakt, aber sie schlagen sich spürbar im Alltag der Menschen in unserer Stadt nieder - teilweise ergeben sich aus diesen Problemen sogar Widersprüche:

Da ist der Sportverein, dessen Mitglieder nicht mehr so aktiv sind wie vor Corona. Häufig haben Fernsehen, Playstation und Xbox den Platz der Vereinsabende und der wöchentlichen Trainings eingenommen. Die wichtigen Rituale, die Solidarität und auch das Pflichtgefühl gegenüber dem Verein sind ersetzt worden durch individuelle Aktivitäten und durch den Konsum unverbindlicher Angebote. Was nun? Wer leitet das Training? Wer kauft für das Sommerfest ein? Wer steht im Bierwagen? Wer



übernimmt Verantwortung?

Da ist der Gastronom aus der Pontstraße, der mittlerweile die Kosten für sein Frittenfett auf den Cent kalkulieren muss, für den der Strompreis zur zweiten Miete geworden ist, der kein Personal mehr für den Service findet und der sich große Sorgen darum macht, ob und wie die Gäste den Weg in sein Restaurant finden.

Da ist die Familie, die monatelang neben dem ganz normalen Arbeitsalltag ihre Kinder zu Hause betreuen und unterrichten musste. Die Auswirkungen dieser Zeit wirken in fast allen Familien nach, aber es gibt keine Zeit für eine Atempause: Schon sind da die Sorgen um Energiekosten, den Job bei Conti oder im Kaufhof und die Suche nach einer bezahlbaren, größeren Wohnung in Aachen, weil nicht nur die Sorgen sondern auch die Kinder langsam größer werden.

Da ist der Unternehmer, der seit Jahren alles tut, um mit der Digitalisierung Schritt zu halten, aber mittlerweile schon kein Personal mehr für die Maschinenbedienung oder die Werkzeugvoreinstellung findet. Gleichzeitig sucht er nach einer größeren Halle, aber in Aachen gibt es keine ausreichend große Gewerbefläche. Und dann wird die A544 gesperrt und er fragt sich, ob die Infrastruktur überhaupt genug Planungssicherheit bietet?

Da ist die Studierende, die große Sorgen um unser aller Zukunft hat. Der Klimawandel bedroht uns ganz akut, wie man nicht zuletzt in Eschweiler, Stolberg und Kornelimünster gesehen hat. Wie wird unsere Stadt resilient? Zu den grundlegenden Zweifeln an der Veränderungsfähigkeit unserer Gesellschaft kommen Existenzängste durch Kriegsbilder in Europa - die Atomkriegsuhr, die "Doomsday-Clock", steht das erste Mal seit 1953 unter 2 Minuten vor Mitternacht.

Als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Menschen in unserer Stadt ist es unsere Pflicht, alles zu tun, um diese Auswirkungen der Krisen - vor allem für die Schwächsten - erträglicher zu machen und gleichzeitig die notwendigen Veränderungsprozesse zu gestalten. Wir müssen Lösungen für das eine finden, ohne das andere aus dem Auge zu verlieren. Unter dieser Maxime haben wir entschieden, Verantwortung zu übernehmen.

Heute werden wir auf diesem Weg einen nach vorne gerichteten Haushalt der Krisenbewältigung beschließen. Einen Haushalt, der die akuten Probleme angeht und gleichzeitig die Chance ergreift, die langfristigen Veränderungsprozesse zu gestalten. Einen Haushalt, der bei all dem auch mit begrenzter werdenden finanziellen Ressourcen, fehlenden Fachkräften und dem nicht neuen Flächenmangel umgehen muss.



Vor allem aber werden wir einen Haushalt beschließen, der die Solidarität in unserer Stadt im Blick hat, damit sie nicht zerbricht. Das Wichtigste in Zeiten wie diesen ist nämlich der Zusammenhalt in der Gesellschaft. Das gegenseitige Verständnis für die verschiedenen, immer stärker divergierenden Ziele und Sorgen.

Jetzt habe ich die Latte ganz schön hoch gehängt... und es wird mir nicht möglich sein, die vielen Eckdaten aus dem Haushalt darzustellen, die diese Ziele belegen.

Wir haben uns im Vorfeld auf "kurze Reden" geeinigt. Das passt eigentlich ganz gut, denn so bleibt mir hier, wie auch in der Realität - keine Zeit für Nebenkriegsschauplätze.

Das ist nämlich der Kern dieses Haushalts und unserer Politik: Prioritäten setzen!

Keine Zeit für Häppchen. Keine Zeit für Straßenlaternen. Keine Zeit für Parkgebühren. Keine Zeit für Schönheitswettbewerbe. Keine Zeit für kleine Karos.

Familien, Wohnen und Wirtschaft. Das sind die drei Themen, die meine Partei antreiben und es sind auch unsere Schwerpunkte im Haushalt.

1,8 Mio. Euro nehmen wir dauerhaft jedes Jahr in die Hand, um insbesondere Familien mit unteren und mittleren Einkommen zu entlasten. Erstmals zahlen dadurch die Hälfte der Familien der Kinder in Kitas und Tagespflege keine Kitagebühren mehr. Für weitere 10% haben wir die Beiträge halbiert.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen Schritt hier in zwei Sätzen abzuhandeln, wird ihm eigentlich gar nicht gerecht. Die erhebliche Entlastung der Familien wird ganz konkret im Alltag helfen, die täglichen Sorgen zu lindern, von denen ich eben gesprochen habe.

Sofern die Landesregierung Wort hält und die Gebühren für den Ü3-Bereich komplett übernimmt, können wir auch die Familien der U3-Kinder von den Gebühren befreien.

Auch die Kosten für das Mittagessen belasten immer mehr Familien. Mit dem durch den Bund erweiterten Kreis der Wohngeldbezieher*innen steigt auch der Anteil der Familien, die Hilfen für Bildung und Teilhabe beziehen, die u.a. im Bereich des Mittagessens helfen. Um den Familien, die hier knapp über den Grenzen liegen und damit durch das Raster fallen, zu helfen, haben wir den Zukunftsfonds aufgestockt und auf den Bereich des Mittagessens erweitert.



Nicht verlässliche Betreuungszeiten, sei es bedingt durch Fachkräftemangel oder Krankheit, stören den Familienalltag immer noch sehr. Neben dem nötigen Infrastrukturausbau hilft hier das Alltagshelferprogramm, das wir um ein Verwaltungskräfteprogramm ergänzen werden, das Erzieher*innen und Leitungen entlastet und so Zeit für Bildung und Betreuung schafft.

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wollen wir auch bei der praxisintegrierten Ausbildung vorangehen und freie Träger bei der Umsetzung dieser Form der Ausbildung unterstützen.

Zu einer guten Entwicklung brauchen Kinder auch Raum. Nicht nur in zusätzlichen und neuen Kitas. Auch ganz wörtlich und insbesondere in der Innenstadt fehlt es aktuell an Freiraum für die Jüngsten.

Wir stocken deshalb mit diesem Haushalt die Mittel für den Bau von Spielplätzen erheblich auf. Dieser Spielplatzbooster für die allgemeine Prioritätenliste reicht uns aber noch nicht: Wir beauftragen deshalb mit dem heute eingebrachten Ratsantrag den Bau eines inklusiven Modellspielplatzes in der Innenstadt.

Die Bedürfnisse von Jugendlichen sind manchmal ähnlich aber nicht immer gleich. Mit 50.000 € unterstützen wir deshalb die Planung eines konsumfreien Freiraums für Kinder- und Jugendliche, insbesondere für die Wintermonate. Im Aquis Plaza abzuhängen stellt unseres Erachtens nach kein ausreichendes Angebot für die jungen Aachenerinnen und Aachener dar. Hier müssen wir mehr tun!

Ein Thema, das nicht nur Familien betrifft, ist die Frage nach bezahlbarem Wohnraum in unserer Stadt. Erst kürzlich hat der Mieterbund vor massiven Verwerfungen auf dem deutschen Wohnungsmarkt gewarnt und die Lage für Mieterinnen und Mieter als immer dramatischer beschrieben. Dies gilt ganz besonders für Geringverdiener. Nicht ohne Grund haben wir uns gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der Grünen dazu verpflichtet, insbesondere die wirtschaftlich Schwächeren zu schützen und zu unterstützen, ihnen ihr existentielles Recht auf bezahlbaren Wohnraum zu sichern. Dieses Ziel zu erreichen, ist in den letzten Monaten nicht leichter geworden. Gerade in der vergangenen Woche musste auch die Bundesbauministerin das nötige Ziel von 400.000 neuen Wohnungen im Jahr als noch nicht erreichbar einstufen.

Der Bau von Wohnungen hat leider auch in Aachen an Fahrt verloren. Umso mehr müssen wir hier vor Ort alles dafür tun, zu beschleunigen, statt zu bremsen. Es gilt, Wohnbauprojekte zu ermöglichen, nachzuverdichten, Baulücken zu schließen und beispielsweise durch Dachausbau Flächen effektiver zu nutzen. Auch hierfür sieht der



Haushaltsplanentwurf Mittel vor.

Wir sind dabei, die Bauaufsicht zu einem starken Partner der Bauwilligen im Sinne der viel zitierten Ermöglichungskultur zu machen. Es muss in Aachen möglich sein, eine Baugenehmigung innerhalb von 3 Monaten zu erhalten. Nur so können wir verhindern, dass Menschen, die Wohnungen bei uns bauen wollen, frustriert ins Umland abziehen, weil die Baukosten schneller steigen als wir genehmigen. Hier braucht es auch eine klare Priorisierung der B-Plan-Verfahren und Flächenankäufe bspw. für den Bodenvorratsfonds.

Über den frei finanzierten und öffentlich geförderten Wohnungsbau hinaus werden wir auch in der Frage der verstärkten Umsetzung kommunalen Wohnungsbaus vorankommen.

Gerade Menschen mit geringen Einkommen sind auf verlässlichen und dauerhaft bezahlbaren Wohnraum angewiesen. Wir müssen dafür sorgen, dass wir zügig einen Weg finden, um schlagkräftig und schnell bei der Umsetzung zu sein. Die verschiedenen Modelle werden gerade untersucht, die Mittel zur Umsetzung stehen bereits im Haushalt.

Ein Projekt, das vielen hier im Raum am Herzen liegt, ist "Housing First", das Wohnungslosen ohne Bedingungen Wohnraum zur Verfügung stellt. Wir werden alles dafür tun, das Modellprojekt zügig umzusetzen, um auch denen zu helfen, die aktuell auf dem Wohnungsmarkt chancenlos sind.

Nun ist eine berechtigte Frage, wer das alles in der Krise bezahlen soll? Die Antwort ist uns allen klar: Neben nicht immer kalkulierbaren Hilfen von Bund und Land sind wir auf starke Unternehmen vor Ort angewiesen. Wir brauchen eine solide Wirtschaft, die Arbeitsplätze sichert und Gewerbesteuern zahlt.

Nicht überraschend ist deren Stärkung und Unterstützung ebenfalls ein Schwerpunkt dieses Haushalts.

Einerseits gilt es, die Unternehmen dabei zu unterstützen, den Raum zu finden, den sie für ihre Entwicklung benötigen. Wir müssen daher schnell sein bei der Entwicklung des Conti-Geländes, von Flächen bspw. in Aachen Nord, bei der Ausweisung neuer Flächen, wie sie im FNP beschlossen sind und bei der Stärkung der regionalen Zusammenarbeit.

Wir brauchen schnell neue Industriearbeitsplätze in der Region!



Andererseits müssen wir die vorhandene Wirtschaft stärken und unsere Stadt attraktiv halten, damit Investoren, Fachkräfte und Touristen gerne zu uns kommen.

Es ist deshalb gut, dass wir unter anderem den Markenprozess vorantreiben und auch beim Campus West und beim Sportpark Soers gemeinsam auf die Tube drücken.

Um auch langfristig nach außen sichtbar zu sein, haben wir darüber hinaus in diesem Jahr und für die Folgejahre erhebliche Mittel in die Hand genommen und den ATS zukunftsfest aufgestellt. Dies ist ein erster Schritt, um den Tourismus- und Kongressstandort Aachen zu stärken.

Einen besonderen Blick legen wir in diesem Jahr auf Gastronomie und Handel in der Innenstadt. Die Krise hat auch hier nicht halt gemacht. Einige Einzelhändler haben sie wirtschaftlich nicht überleben können.

Umso wichtiger ist es, jetzt schnell und unkompliziert Unterstützung zu leisten und mit daran zu ziehen, dass wieder Leben in unsere Innenstadt kommt. Die Verlängerung des Projektes Smart Shopping ist dafür nur ein Beispiel. Wir haben darüber hinaus den Innenstadtfonds für kleinere Investitionen und das Programm "Guten Abend" entfristet.

Endlich kommt auch Bewegung in die Frage der öffentlichen Toiletten, für die wir in diesem Haushalt erhebliche Mittel bereitstellen. Das Hindernis, das wir damit beseitigen, ist vielleicht genau das, das ältere Menschen aber auch Familien davon abgehalten hat, einen unbeschwerten Tag in der Innenstadt oder im Park zu verbringen.

Familien gehören in die Innenstadt. Niemand stellt in Frage, dass Geschäfte und Restaurants barrierefrei zugänglich sein müssen. Mindestens ebenso wichtig sind attraktive Spielmöglichkeiten für Familien.

Wer schon einmal versucht hat, mit einem 6- und einer 5-Jährigen einen Tag in der Aachener Innenstadt zu verbringen, dem wird das Herz in die Hose gerutscht sein, als er die Nachricht vom Abbau des Stirnberg-Spielschiffs vor der Mayerschen gelesen hat. Die Mittel zur Bekämpfung dieses Missstands stehen im Haushalt bereit.

All diese Maßnahmen werden dabei helfen, unsere Innenstadt attraktiver zu machen und Menschen dazu einladen, zu verweilen und wiederzukommen.

Ganz besonders wichtig ist uns hierbei das Fokusjahr Adalbertstraße, bei dem Zuständigkeiten gebündelt, Förderprogramme auf die Adalbertstraße gelenkt und die



zusätzlichen Mittel im Haushalt 2023 effektiv genutzt werden, um eine größere Besucherfrequenz zu organisieren. Parallel wollen wir eine Gesprächsoffensive mit den wesentlichen Akteuren starten, um eine tragfähige Strategie für das Schlüsselstück unserer Innenstadt zu entwickeln. Es ist klar, dass wir den Strukturwandel nicht aufhalten können, aber wir tun unser Möglichstes, um ihn zu lenken und zu gestalten.

Am Ende würden es die Menschen sein, die unter einer geschwächten Wirtschaft leiden. Dies müssen wir unbedingt verhindern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
der vorliegende Haushalt ist sicherlich ein besonderer. Einige von Ihnen werden sagen, in Krisenzeiten müsse gespart werden und es sei das falsche Signal, Personal aufzubauen und Förderprogramme aufzulegen. Wir sind uns allerdings sicher: Gerade jetzt müssen wir investieren! In Menschen und ihre Zukunft.
In den Gastronomen und die Studierende, in die Familie und den Verein, in die Unternehmen in unserer Stadt.

Wir müssen da unterstützen, wo es nötig ist, da investieren, wo Bund und Land nicht einspringen, da Personal einstellen, wo es gebraucht wird und den Aachenerinnen und Aachenern in der Krise eine Perspektive geben.

Das tut der vorliegende Haushaltsplanentwurf mit den in den Ausschüssen beschlossenen Ergänzungen.

Meine Fraktion wird ihm deshalb sehr gerne zustimmen!

Haushaltsrede 2023

Jörg Bogoczek - Fraktionssprecher DIE Zukunft/Volt

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine Damen und Herren, vielen Dank von unserer Fraktion "DIE Zukunft" an die Oberbürgermeisterin Frau Keupen, Kämmerin Frau Grehling und insbesondere an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadt für die Erarbeitung und Vorlage des Haushaltsplans 2023.

Hatten wir letztes Jahr eine kurze Liaison von Grünen und CDU, gibt es dieses Jahr eine feste Koalition von Grünen und SPD. Manche Lieben brauchen ja auch länger. Charles und Camilla haben ja auch etwas länger gebraucht, bis sie zueinander gefunden haben. Wer jetzt Charles oder Camilla bei Ihnen ist, und wer die Rollen von Prinz Harry und Meghan übernimmt muss jeder für sich selber entscheiden. Diese Haushaltsberatungen waren wesentlich offener und fairer gestaltet, als dies noch im letzten Jahr der Fall war. Im Haushalt 2023 spiegeln sich auch Themen unserer Fraktion wider. Wir hoffen, dass diese Offenheit auch in den nächsten Jahren weitergelebt wird. Best Practice aller Fraktionen zum Vorteil der Stadt Aachen.

Der Haushalt 2023 sieht auf den ersten Blick ganz gut aus. Lediglich 17 Millionen Euro Verlust und eine Neuverschuldung unterhalb von 2,5%. Auf den zweiten Blick kommen jedoch, wie auch bereits in den Vorjahren, die Verluste der Eigenbetriebe in Höhe von ca. 18 Millionen Euro hinzu. Diese stecken ganz klassisch in den Wirtschaftsplänen, da hier die Betriebskostenzuschüsse zu niedrig angesetzt worden sind.

Auch wenn wir vermeintlich mit 17 Millionen Euro Verlust planen, haben die letzten Jahre gezeigt, dass unsere Stadtdirektorin den Haushalt immer mit Bedacht plant.

Viele private Haushalte befinden sich an der Belastungsgrenze. Neben den globalen Problemen, die das Leben insbesondere durch Preissteigerungen spürbar belasten, gibt es auch Probleme, die hier vor Ort zu lösen sind.

In der Kitalandschaft brennt es. In unseren Kitas herrscht ein akuter Personalnotstand, der soweit geht, dass Kitas teilweise nicht öffnen beziehungsweise in die Notbetreuung übergehen müssen. Dies ist eine enorme Belastung für unser Kitapersonal und unsere Eltern. Jüngst haben wir das neue Aachener Modell verabschiedet, was den Einsatz von nicht-pädagogischem Personal ermöglicht. Unsere Fraktion hat an dieser Stelle mit Bauchschmerzen zugestimmt, da die Kinderbetreuung mit dem Rücken an der Wand steht. Es ist ein Armutszeugnis, dass wir es nicht schaffen den Job von Erzieher*innen in Deutschland so zu bezahlen, dass die Attraktivität des Berufes gesteigert wird. Wir verwässern hier gerade die Qualität der Erziehung unserer Kinder. Das gleiche passiert aktuell in der Kindertagespflege. Unser Ansatz ist es, die Kindertagespflege auszubauen, diese zu einem attraktiven Beruf zu gestalten und nachfolgend die Kitas in der U3 Betreuung zu entlasten. Wir sind jedoch aktuell in einer Situation, in der wir darum kämpfen müssen, die aktuelle Zahl der Kindertagespflegepersonen zu halten. Der beruflichen Umorientierung aufgrund der finanziellen Situation durch gestiegene Kosten und Inflation müssen wir entgegenwirken. Wir begrüßen die Erhöhung der Sachkosten für 2023, was ca. 25 Cent/Stunde bedeutet. Nachgebessert werden muss jedoch bei der eigentlichen Bezahlung. Es wird hierzu in den kommenden Monaten einen runden Tisch geben, von dem wir uns erhoffen, dass man für das kommende Kitajahr die Bezahlung anpasst. Im Jahr 2016 wurde die

Bezahlung der Kindertagespflegepersonen an die Bezahlung von Kinderpfleger*innen angepasst. Kinderpfleger*innen haben seitdem eine Lohnerhöhung bekommen, Kindertagespflegepersonen jedoch nicht, bzw. nur eine minimale Indexierung der Lohnkosten, da diese durch das Land geregelt wird. Hier gilt es, die Lücke zwischen den beiden Berufsgruppen durch die Stadt zu schließen.

Aber auch bei den Bäumen gibt es in Aachen immer mehr Lücken. "Wir sind ja alle schon immer für mehr Bäume gewesen!" hallte es im Rat und in den Ausschüssen. Waren in der Vergangenheit wirklich alle Fraktionen für die Pflanzung von mehr Bäumen? Ich glaube nicht, denn die Baumquote wäre ja sonst positiv. Wir müssen die negative Baumquote der Stadt Aachen durch eine zukünftige Steigerung der ausführenden Kapazitäten und somit auch der erforderlichen finanziellen Mittel ins Positive anheben. Es mangelt in der Stadt Aachen an der Umsetzung der Baumquote. Ab dem Jahr 2024 muss sich eine sichtbare Erhöhung der Baumquote auch im Haushalt widerspiegeln.

Unser Pilotprojekt für Kalte Nahwärme, eine technische Variante eines Wärmeversorgungsnetzes mit relativ geringem Temperaturenniveau für die Bereitstellung von Wärme als auch von Kälte, wurde im Haushalt 2023 nicht berücksichtigt. Für eine Energiewende im Gebäudesektor und die Umsetzung zirkulärer Heizsysteme werden wir dieses Thema auch im Jahr 2023 weiterhin in den Mittelpunkt stellen und es inhaltlich bewerben. Die Energiewende des Gebäudesektors kann nicht auf die Fertigstellung der kommunalen Wärmeleitplanung Mitte-Ende 2024 warten und erst hiernach weitere Maßnahmen beschließen und einleiten.

Sehr gut finden wir die Berücksichtigung unserer Haushaltsforderung in Höhe von 50.000 € für die Erstellung eines Modellkonzeptes, das unseren Ratsantrag für ein Konzept Schwammstadt "Aufnahme von Niederschlagswasser in öffentlichen/ halböffentlichen Retentionsräumen" unterstützt. Also die Möglichkeit, anfallendes Regenwasser in Städten lokal aufzunehmen und zu speichern, anstatt es lediglich zu kanalisieren und abzuleiten. Hochwasserkatastrophen, wie im Jahr 2021, können wir mit der Umsetzung solcher Modellkonzepte entgegenwirken. Mit diesem Pilotprojekt kann die Wirksamkeit dieser Komponente der Schwammstadt bei Extremwetterlagen, wie Starkregenereignissen oder auch anhaltender Trockenheit, in unserer Stadt in einer Modellstrasse dokumentiert werden.

Dach- und Fassadenbegrünungen sind ein gutes Mittel zur Verbesserung des Stadtklimas. In den letzten Jahren sind hierfür leider keine bereitgestellten Fördermittel für die Dach- und Fassadenbegrünung bei der Stadt Aachen abgerufen worden. Die von uns geforderten Haushaltsmittel für die Öffentlichkeitsarbeit zur Bewerbung von Dach- und Fassadenbegrünung in Höhe von 20.000 Euro sind der richtige Schritt, damit zukünftig Projekte auch umgesetzt und die hierfür bereitgestellten Fördermittel abgerufen werden. Der Stellenwert von Dach- und Fassadenbegrünung zur Verbesserung der Klima- und Luftqualität muss in der öffentlichen Wahrnehmung stärker in den Fokus gestellt werden.

Die Coronapandemie hat in den Schulen viele schon vorhandene Probleme verstärkt und offengelegt. Viele Kinder sind auf der Strecke geblieben, nicht nur was die schulische Leistung angeht, sondern auch in ihrer Entwicklung. Der Staat hat neben einem Bildungs- auch einen Erziehungsauftrag. Ein Auftrag, den Lehrer*innen auch aufgrund von großen Klassen und strikten Lehrplänen oft nicht selbst ausreichend erfüllen können. Schulsozialarbeit leistet hier einen wichtigen Beitrag, Kinder und Jugendliche in ihrer persönlichen und sozialen Entwicklung zu unterstützen und hilft, diese Defizite zu beheben. Die Schaffung von 6,5 neuen Stellen in der Schulsozialarbeit begrüßen wir deshalb sehr.

In Aachener Schulen gibt es bereits Projekte von Schulgärten. Eine wunderbare Möglichkeit für Schüler*innen die Natur und das Thema Anbau als Lernprozess zu erleben. Wir haben es möglich gemacht, dass nun weitere Schulen oder Elterninitiativen solche Projekte in Kooperation mit der Stadt starten können.

Wir begrüßen, dass unser Ratsantrag von 2021, in dem wir die Verwaltung aufgefordert haben, Menstruationsprodukte einfach und kostenlos zugänglich zu machen, nun Früchte trägt und in Zukunft diese Produkte zunächst an allen Aachener Gesamtschulen und stark frequentierten Verwaltungsgebäuden kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Hygieneartikel wie Klopapier oder Seife sind selbstverständlich auf Toiletten zu finden, für Menstruationsprodukte war dies bisher nicht der Fall, was Menstruierende benachteiligt. Dies liegt auch daran, dass Menstruation in unsere Gesellschaft immer noch ein Tabuthema ist, dabei ist sie doch ein natürlicher Vorgang. Die kostenlose Bereitstellung dieser Hygieneartikel ist ein wichtiger Schritt zur Enttabuisierung und Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft.

Apropos Stadtgesellschaft, was wir ausdrücklich begrüßen, ist die bisherige Arbeit der Meffis in der Mefferdatisstrasse. Sie haben bisher ihre Kraft genutzt, um die Räumlichkeiten zu optimieren. Nun geht es darum, Kontakt mit der Stadtgesellschaft und den angrenzenden Geschäftsleuten aufzunehmen und mit diesen neuen und klugen Ideen einer neuen Stadt zu entwickeln und umzusetzen. Dazu gehören halt auch Gruppen, die sich für effektiven Klimaschutz oder Kultur engagieren.

Generell hat die Kultur eine gute Förderung erhalten. Die KASTE-Mittel sind nach wie vor auf einem guten Niveau und das Stadtglöhen wurde für die nächsten Jahre verstetigt. Sehr gut finden wir die weitgehend gemeinschaftlich getragene Idee eines Streetart Festivals für Aachen. So entstehen überall in unserem Stadtbild interessante, bunte und spannende Wegmarken und Hingucker. Ein kultureller Mehrwert als optischer Invest des Stadtbildes.

Ein wichtiger Eckpunkt war für uns auch die Förderung des Rainbow e.V. mit all seinen Gruppen. Die queere Community in Aachen leistet seit Jahren tolle Jugendarbeit und hilft jungen Menschen. Der CSD im letzten Jahre hat gezeigt, wie groß die queere Community ist und deshalb ist es unsere Pflicht als Stadt auch dort zu unterstützen.

Neben dem Klimanotstand müssen wir darauf achten, dass die Stadt Aachen in den nächsten Jahren nicht in den Haushaltsnotstand abrutscht. Hier ist zukünftig entsprechend Vorsorge und Zurückhaltung zu wahren.

Die Solidaritätspartnerschaft mit Chernihiv muss im nächsten Haushalt mit einem Budget ausgestattet werden, meint man es mit der Unterstützung ernst.

In den Themen der Verkehrs-, Klima- und Umweltpolitik sowie in sozialen Fragen liegen wir in diesem Jahr näher mit Grünen und SPD zusammen. Wir hoffen, dass der kooperative Stil in der Politik weiter Bestand hat und dass wir auf Augenhöhe Politik machen können. Wir sehen Aachen als moderne, innovative, klimafreundliche und weltoffene europäische Stadt der Zukunft.

Wir, die Fraktion DIE Zukunft, stimmen dem Haushalt 2023 zu.

Haushaltsrede Herr Helg, FDP-Fraktion, 01.02.2023

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Frau Stadtdirektorin und Kämmerin, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

alle Jahre wieder! Es ist wieder so weit: zum Ende der Haushaltsplanberatungen stehen die Haushaltsreden der Fraktionen auf der Tagesordnung. Ein alljährliches Ritual, das keiner so richtig mag, das aber doch unerlässlich für den kommunalpolitischen Diskurs der Ratsfraktionen untereinander und mit der Verwaltung, der Stadtgesellschaft und der Öffentlichkeit ist.

Ich freue mich zunächst sehr, dass der Rat der Stadt Aachen mit dem heutigen Tage wieder in seine Heimat, den historischen Ratssaal im Rathaus, zurückkehrt und Sie, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Keupen, heutige im dritten Jahr nach der Kommunalwahl, erstmals das Vergnügen haben, eine Ratssitzung in diesem wunderschönen Ambiente leiten können.

Die letzte Haushaltsdebatte fand hier im Ratssaal am 22. Januar 2020, also vor über drei Jahren statt, die vorläufig letzte Ratssitzung vor dem pandemiebedingten Lockdown dann am 18. März 2020. Danach mussten wir knapp drei Jahre – vor und nach der Kommunalwahl – zunächst in den Europasaal des Eurogress und dann in die Aula des Geschwister-Scholl-Gymnasiums ausweichen.

Diese drei entbehrensreichen Jahre wurden dauerhaft von den Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie mit allen ihren gesundheitlichen, aber auch gesellschaftlichen Folgen, aber auch durch die Flutkatastrophe im Sommer 2021 und ab dem 24. Februar des letzten Jahres durch Putins verbrecherischen Angriffskrieg auf die Ukraine mit dem daraus resultierenden Zustrom von nahezu 5000 Flüchtenden aus der Ukraine und die Energiekrise geprägt.

Über die Rückkehr des Rates in das Rathaus am heutigen Tage und damit wenigstens etwas mehr Normalität im Alltag dürfen wir uns daher alle zusammen freuen!

Die FDP-Fraktion, der Rat und die Bürgerschaft freuen sich darüber hinaus, dass auch die Kämmerin, Frau Stadtdirektorin Grehling, heute wieder mit dabei ist, wenn die Haushaltssatzung beschlossen wird.

Als Sie am 9. November 2022 den Haushaltsplanentwurf 2023 mit Ihrer Rede in den Rat eingebracht haben, haben Sie angemerkt, dass der Entwurf zwar nicht als Basis-Haushalt bezeichnet werden könne, aber durchaus Lücken aufweise, die durch die endgültigen Festsetzungen des Landshaushalts, die Fördermittel von Bund und Land und unsere politischen Beschlüsse nach den Beratungen in den Fraktionen, den Bezirksvertretungen und den Fachausschüssen geschlossen werden müssen.

In den beiden Veränderungsnachweisungen und im bündelnden Finanzausschuss am vergangenen Dienstag wurden – teils im fraktionsübergreifenden Konsens, teils aber auch streitig – weitere Änderungsbeschlüsse gefasst, so dass sich die Ergebnisplanung im Haushaltsjahr 2023 gegenüber dem eingebrachten Verwaltungsentwurf noch um knapp 9,3 Millionen Euro verschlechtert hat. Dadurch stieg der prozentuale Eigenkapitalverzehr von 1,05 % auf 2,50 % und in den Folgejahren bis 2026 auf

3,80 %, 4,59 % und 4,68 %, so dass insbesondere in den beiden letzten Jahren der mittelfristigen Finanzplanung der Abstand zur Überschreitung der 5%-Hürde des Eigenkapitalverzehr in der Ergebnisplanung auf nur noch etwa 3 Millionen Euro und knapp 2 Millionen Euro schrumpft.

Angesichts von Gesamtaufwendungen im Ergebnisplan, die nach den letzten Anpassungen im bündelnden Finanzausschuss fast 1,2 Milliarden Euro betragen, ist dies im Vergleich zu den Planungen des Vorjahres ein deutlich niedrigerer Eigenkapitalverzehr, da die Vorjahresergebnisse dem städtischen Haushalt sogar Überschüsse beschert haben. Aber leider sind die kommunalen Haushalte derzeit mehr denn je von externen Entscheidungen des Landes- und Bundesgesetzgebers und den Verhandlungsergebnissen der Tarifparteien des Öffentlichen Dienstes abhängig. Die Kämmerin hat bei der Einbringung die Rahmenbedingungen des Landeshaushaltes zum Gemeindefinanzierungsgesetz, die Inhalte der Entlastungspakete des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen, das neue NKF-COVID-19-Ukraine-Isolierungsgesetz sowie die Änderungen des Kommunalabgabengesetzes NRW sowie die Entscheidung des Landschaftsverbandes zur Gestaltung seiner Umlagegrößen aufgezählt.

Und jetzt liegen ja auch seit einigen Tagen die Forderungen von Verdi für den Tarifvertrag im Öffentlichen Dienst von 10,5 Prozent Gehaltssteigerung vor: nachdem die erste Runde der Tarifverhandlungen in Potsdam am 24. Januar ohne Ergebnis beendet wurden, stehen jetzt am 22. und 23. Februar sowie 27. und 28. März die zweite und dritte Runde an.

Gute Arbeit muss angemessen entlohnt werden – darüber besteht keinerlei Zweifel. Deshalb sind angemessene Tariferhöhungen von deutlich mehr als den im Haushaltsplanentwurf angesetzten 1 % zu erwarten und auch zu befürworten. Aber gerade die kommunalen Haushalte werden mit jedem Prozentpunkt der Tarifsteigerung an ihre Schmerzgrenzen gebracht, und zwar bereits ohne jede weitergehende Personalstellenerweiterung in den Folgejahren.

Im Rahmen des Stellenplanverfahrens werden netto, also bei Berücksichtigung der Einsparung von 32 Stellen für 2023, 267 zusätzliche Stellen neu eingerichtet. Dies allein ergibt für den Personalkostenverbund für 2023 einen Mehrbedarf in Höhe von 11,7 Millionen Euro.

Niemand – auch nicht in der Opposition – wird sich Stelleneinrichtungen für zusätzliche Feuerwehrkräfte, Ordnungsbedienstete, Planerinnen und Planer, Erzieherinnen und Erzieher und IT-Expertinnen und Experten verweigern, beispielsweise für den neuzugründenden Fachbereich „Digitale Verwaltung und IT-Steuerung“, - oder auch im Bereich der Flüchtlingshilfe mit Schwerpunkt Asyl und Unterbringung geflüchteter Personen, insbesondere aus der Ukraine.

Einer Steigerung im Stellenplan von mehr als 100% im Vergleich zu den Vorjahren kann die FDP-Fraktion jedoch angesichts der gespannten Haushaltslage nicht zustimmen. In den Jahren der Wiederbesetzungssperre bis 2018 haben wir gegenüber wechselnden Mehrheiten immer argumentiert, dass da, wo Arbeit anfällt, auch quantitativ genügend Personal vorhanden sein muss.

Außerdem fordert die FDP-Fraktion eine Aufgabenkritik zu den in den letzten Jahren eingerichteten neuen Stellen zur Überprüfung, ob diese Personalstellen den Arbeitsdruck in der Verwaltung gemindert, die Mitarbeitenden entlastet und den Service der Dienstleistung verbessert haben.!

Nach aktuellem Stand hat die Stadt Aachen bereits 6182 Beschäftigte. Eine weitere drastische Erhöhung im Stellenplan über den weiteren Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung im Verbund mit einer Tarifsteigerung von mindestens über 5% kann der städtische Haushalt nicht mehr verkraften!

Ich möchte es an dieser Stelle auch in diesem Jahr nicht versäumen, der Kämmerin, Frau Stadtdirektorin Grehling, und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereichs Finanzsteuerung und insbesondere Herrn Kind, Herrn Schoel und Herrn Clahsen sowie auch dem neuen Leiter des

Fachbereichs Steuern und Kasse, Herrn Freude, zu danken für die hervorragende Arbeit seit der Genehmigung der letztjährigen Haushaltssatzung im vergangenen Frühjahr und vor allem in den arbeitsintensiven Wochen vor der Haushaltseinbringung am 9. November des vergangenen Jahres über die beiden Veränderungsnachweisungen bis zur letzten Anpassung in der bündelnden Sitzung des Finanzausschusses am 24. Januar.

Die Erträge aus den kommunalen Steuern belaufen sich auf rund 43% der ordentlichen Erträge im Haushalt. Der Ansatz des Gewerbesteueraufkommens hat sich fast wieder auf das Niveau vor der Pandemie gesteigert. Der für 2022 eingeplante Ansatz in Höhe von 207 Millionen Euro wurde mit etwa 252,5 Millionen Euro deutlich überschritten, so dass dieser Betrag auch für die Planung der Jahre 2023 bis 2026 angesetzt wurde.

Die Steuersätze der Gemeindesteuern für das Haushaltsjahr 2023 bleiben gemäß § 6der Haushaltssatzung weiter bei 525 vom Hundert bei der Grundsteuer B und 475 vom Hundert bei der Gewerbesteuer und damit unverändert. Dies ist für die FDP-Fraktion erfreulich! Allerdings wäre eine Erhöhung der Hebesätze, insbesondere bei der Gewerbesteuer, auch nicht zu rechtfertigen, da auch die lokale Wirtschaft in den letzten Jahren sehr gelitten hat.

Dramatisch hohe Energie- und Rohstoffpreise, steigende Inflation, fragile Lieferketten machen den Unternehmen in diesem harten Winter schwer zu schaffen. So beklagt beispielsweise die Industrie- und Handelskammer in ihrer Konjunkturumfrage eine deutliche Kauf- und Investitionszurückhaltung, die sich besonders im mäßigen Weihnachtsgeschäft manifestiert hat. Eine große Herausforderung sehen die Unternehmen weiter im Arbeits- und Fachkräftemangel. Gesucht werden händeringend Auszubildende, Fachwirte, Meister- und Mitarbeitende mit akademischem Abschluss. Die Arbeitslosenquote in der Region Aachen im letzten Jahr im Vergleich zum Landes- und Bundesdurchschnitt ist nur geringfügig um 0,1 Prozent auf 6,3 Prozent gestiegen.

Trotz der noch überwiegend positiven Geschäftslage der Dienstleister, im Groß- und Einzelhandel, vor allem im Baugewerbe und deutlich weniger im Export hat sich die Ertragslage der Unternehmen bereits deutlich verschlechtert, so dass die Investitionspläne der Wirtschaft spürbar rückläufig sind.

Diese konjunkturelle Entwicklung wird sich zumindest mittelfristig auch auf den städtischen Haushalt auswirken. Zum einen werden die Einnahmen aus der Gewerbesteuer niedriger ausfallen, zum anderen wird sich auf der Ausgabenseite die Anhebung der historisch niedrigen Zinsen insbesondere bei den Kassenkrediten deutlich bemerkbar machen.

Noch profitiert der Haushalt von der guten wirtschaftlichen Entwicklung sowie der vom Gesetzgeber eingeräumten Möglichkeit, kriegsbedingte Lasten in Höhe von knapp 70 Millionen Euro im Haushalt zu isolieren. Nahezu 1,2 Milliarden Euro Aufwendungen und mehr als 150 Millionen Euro sollen 2023 an Investitionszahlungen in neue Projekte fließen oder das Leistungsspektrum erweitern. Die Schwerpunkte liegen in der Schulentwicklung, der Kinderbetreuung, der Flüchtlingsunterbringung, der Mobilitätswende und im Klimaschutz.

Aber auch der Wohnungsbau darf nicht weiter vernachlässigt werden. Nach wie vor wird in Aachen viel zu wenig neuer, vor allem preisgünstiger Wohnraum geschaffen!

Seit Jahren sind wir in Aachen erstklassig in der Planung, aber äußerst verbesserungsbedürftig in der Umsetzung der beschlossenen Projekte! Durch immer wieder neue Verbesserungen oder Veränderungen werden insbesondere die Bauprojekte durch die überbordende Bürokratie verzögert. An dieser Einschätzung der Investoren und der Aachener Bürgerinnen und Bürger ändert auch das zügige

Vorwärtskommen beim Leuchtturmprojekt am Büchel nach vier gescheiterten Vorhaben in den letzten 30 Jahren nichts.

Die Auftragsbücher der Stadt Aachen sind übertoll. Aber es gibt erhebliche Verzögerungen in der Umsetzung. Nur 75 % der Planungen werden auch verwirklicht. Im Haushalt 2022 waren noch investive Ermächtigungen von rund 204 Millionen Euro als Bugwelle der Vorjahre enthalten.

Auch angesichts der enormen weiteren Ausweitung und Steigerung des auf der Liste der gemäß § 13 KomHVO nicht im Investitionsplan aufgenommenen Maßnahmen mit einem Finanzvolumen von rund 382 Millionen Euro insgesamt und knapp 273 Millionen für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung muss die Investitionsplanung regelmäßig auf ihre Umsetzbarkeit und Prioritätensetzung überprüft werden!

Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen lehnt den Haushaltsplan mit der Haushaltssatzung 2023 und der mittelfristigen Finanzplanung ab. Gerade wegen der gesteigerten Ausgaben im Personalbereich ist damit zu rechnen, dass wir spätestens im nächsten Jahr die 5%-Hürde des Eigenkapitalverzehr nicht mehr unterschreiten können und dann in absehbarer Zeit ein Haushaltssicherungskonzept auflegen müssen.

Frau Oberbürgermeisterin, Frau Stadtdirektorin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit!

– An die Redaktionen –

Aachen, 1. Februar 2023

Haushaltsrede 2023

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Zunächst einmal möchte ich mich bei Ihnen, Frau Grehling, und Ihren Mitarbeitenden im Namen unserer Fraktion für die Arbeit an dem nun vorliegenden Haushaltsplan bedanken. In diesen schwierigen Zeiten mit vielen Fragezeichen hinsichtlich der weiteren gesellschaftlichen und politischen Entwicklung war diese Herausforderung sicherlich nicht einfach.

Die unterschiedlichen Krisen des Jahres 2022 haben eines gezeigt: In unserem Land stimmt etwas nicht! Die Preisexplosionen bei Energie und Lebensmitteln führen dazu, dass immer mehr Menschen arm und ärmer werden. Und das müssen wir auch in Aachen erleben. Die Tafel hat immer mehr Zulauf, in den Begegnungszentren sollen Wärmeinseln eingerichtet werden (soll sich besser anhören als Wärmestuben), und die Bürger*innen müssen wohl bald immer häufiger frierend im Dunkeln sitzen, weil sie ihre Strom- und Gasrechnungen nicht bezahlen können. Das ist die Situation in einem reichen Land wie Deutschland. Es ist festzustellen, dass wir uns immer mehr von einem Sozialstaat hin zu einem Almosenstaat entwickeln.

Nun kann man mit den Schultern zucken und sagen, dass die Kommunalpolitik hier nicht zuständig sei. Der Politiker Hermann Schmitt-Vockenhausen hat jedoch einmal gesagt: „Die Gemeinden sind der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind“. Und im Sinne dieser Wirklichkeit sollten wir zumindest über den Deutschen Städtetag und unsere Bundestagsabgeordneten Druck auf die Bundesregierung ausüben, endlich eine konsequente Politik gegen Armut und Ausgrenzung zu betreiben. Wir haben darüber hinaus aber auch eine Verpflichtung hier vor Ort.

Und damit kommen wir zu Kommunalpolitik hier in Aachen. Man könnte jetzt meinen, dass angesichts einer Koalition aus GRÜNEN und SPD eine sozialere Politik auf den Weg gebracht wird. Aber weit gefehlt bzw. man hätte es eigentlich wissen müssen.

Das Wort „Armut“ haben die beiden Fraktionen jedenfalls aus ihrem Vokabular gestrichen. Oder wie ist es sonst zu erklären, dass man dem Antrag der LINKEN, 4 Mio. Euro für ein deutlich preiswerteres Mobilticket für das gesamte AVV-Netz in Höhe von 19 Euro die Zustimmung verweigert hat? Es kann doch nicht sein, dass die Monatskarte für Menschen mit wenig Geld teurer ist als das Jobticket für Beschäftigte der Stadt Aachen, das aktuell 26,09 Euro kostet. Dies wäre doch die Gelegenheit gewesen, umweltgerechte Mobilität und Soziales zu verbinden. Oder wollen die Koalitionäre vielleicht nicht, dass auch finanzschwache Menschen den Bus nutzen können?

In den letzten Wochen und Monaten sind unterschiedliche Fonds beschlossen worden, um die Gastronomie, den Einzelhandel und das Handwerk angesichts der Folgen der Corona-Pandemie und der Energiekrise finanziell zu unterstützen. Das begrüßt DIE LINKE. Aber wo gibt es einen Fonds für die Menschen, die ihre Energierechnungen nicht bezahlen können? Ein entsprechender Antrag unserer Fraktion, der hierfür 200.000 Euro zur Verfügung stellen sollte, wurde im Sozialausschuss abgelehnt. Bemerkenswert ist hier die Tatsache, dass selbst CDU und FDP angesichts der schwierigen Situation vieler Einwohner*innen, ihre Rechnungen bezahlen zu können, unserem Antrag zugestimmt haben. Ein weiterer von uns beantragter Fonds in Höhe von 50.000 Euro, der Menschen mit wenig Geld bei der Anschaffung von energiesparenden Haushaltsgeräten unterstützen soll, fand ebenfalls keine Mehrheit. Gerade hier hätten Umweltschutz und Soziales gut miteinander verbunden werden können.

Mit 100.000 Euro wollte DIE LINKE zudem den Musikfonds in den Grundschulen ausstatten, um insbesondere Kinder aus finanzschwachen Haushalten durch eine musikalische Früherziehung in ihrer Entwicklung zu fördern. Die im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel reichen nämlich nicht aus, um die Projekte ohne Einschränkungen durchzuführen. Aber auch in diesem Punkt mussten wir eine Ablehnung erfahren.

Meine Damen und Herren! Der aktuelle Wohnungsmarktbericht der Stadt Aachen offenbart erschreckende Zahlen. Der Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen sinkt immer weiter und macht nur noch 6,8 Prozent am Gesamtwohnungsbestand aus, und nur noch 8,7 Prozent aller Wohnungsangebote lagen unterhalb der 7 $\frac{\text{€}}{\text{m}^2}$ -Marke (in 2011 waren dies noch über 57 Prozent). Diese Entwicklung macht deutlich, dass wir die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum nicht dem Markt überlassen können. Aus diesem Grund fordert unsere Fraktion, dass in 2023 endlich der Startschuss für die Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft erfolgt. Darüber hinaus war es uns wichtig, für die Nachverdichtung auf städtischen Flächen 2 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen und die finanziellen Mittel für die Bodenbevorratung um 3,5 Mio. Euro zu erhöhen. Aber auch diese beiden Anträge fanden keine Mehrheit.

Meine Damen und Herren! Im Herbst dieses Jahres wird voraussichtlich der Bürger*innenrat, eine völlig neue Form der kommunalpolitischen Beteiligung, seine Arbeit aufnehmen, was DIE LINKE ausdrücklich begrüßt. Auf einem Werbeplakat für diesen neuen Rat und die Themenfindung fragt ein Mitarbeiter der Tafel: Wie kann Aachen soziale Ungleichheit verringern? Mein erster Gedanke zu dieser Frage war: Mit dieser Koalition im Stadtrat schaffen wir das sicherlich nicht.

Die Hochglanz-Klimaschutzpolitik von GRÜNEN und SPD nimmt nämlich die sozial benachteiligten Menschen in dieser Stadt nicht mit. Die soziale Spaltung in Aachen wird so weiter verstärkt. Was wir dringend brauchen, ist eine sozial-ökologische Wende, bei der auch das Wort „sozial“ groß geschrieben werden muss. Investitionen in den sozialen Zusammenhalt sind das Gebot der Stunde.

Dies aber, meine Damen und Herren, spiegelt sich im vorliegenden Haushaltsplan nicht wider, so dass die Fraktion DIE LINKE ihn ablehnt.